

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 11.12.2018.

Abg. Tüttenberg sagte, in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 22.11.2018 habe es die Frage gegeben, welche Aufgaben in der Abteilung Wirtschaftsförderung wegfielen, wenn die neue Stelle für die Geschäftsstelle Bonn/Berlin aus deren Personalbestand errichtet werde. In der Sitzung habe die Verwaltung mitgeteilt, dass das bisherige Aufgabenportfolio so nicht weitergeführt werden könne, falls die neue Stelle aus dem bisherigen Personalbestand besetzt werde. Die Frage, auf welche Aufgaben die Verwaltung dann zukünftig in der Konsequenz verzichten wolle, solle geklärt werden, bevor man dem Beschlussvorschlag zustimme.

Herr Dr. Tengler merkte an, in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus sei darüber gesprochen worden, dass man sich zunächst die Aufgabenverteilung anschauen müsse.

Der Landrat sagte, er betrachte es als nicht zwingend, dass die Stelle für die Geschäftsstelle Bonn/Berlin aus dem Personalbestand des Bereiches Wirtschaftsförderung besetzt werden müsse. Darüber hinaus habe es zu Recht die politische Forderung gegeben, dass diese Stelle mit einem Konzept hinsichtlich des Aufgabenzuschnitts hinterlegt werde. Der Leiter der Geschäftsstelle Bonn/Berlin habe diesbezüglich mitgeteilt, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Konzeptionierung und somit eine Besetzung der Stelle mit einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle noch nicht erforderlich sei, da man sich noch nicht in Verhandlungen befinde.

Abg. Hoffmeister ergänzte, zum jetzigen Zeitpunkt könne man diese Personalstelle noch nicht konkret definieren, da das Konzept noch erarbeitet werden müsse. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus habe man eine komplette Revision der Messeauftritte des Kreises beschlossen. Bezüglich der Digitalisierung habe man lediglich Richtlinien angegeben. So sei es die Intention des Ausschusses gewesen. Es sei nicht gesagt worden, es müsse umgeschichtet werden, um dadurch andere Tätigkeiten einzusparen.

Abg. Dr. Bieber sagte, es handele sich bei der Stelle für die Geschäftsstelle Bonn/Berlin um eine befristete Stelle, die nicht im Stellenplan einzuplanen, sondern direkt als „KW“ zu vermerken sei. Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion nachgefragt, ob das Personalbudget ausreiche, diese befristete Stelle zu besetzen. Die Verwaltung habe mit der Änderungsliste zum Haushalt gezeigt, dass 900.000 Euro eingespart werden könnten. Der zuständige Amtsleiter habe darüber hinaus mitgeteilt, dass aus diesem Budget diese Stelle besetzt werden könne. Seine Fraktion sei demnach zuversichtlich, dass diese Stelle mit einer qualifizierten Fachkraft aus dem Rhein-Sieg-Kreis besetzt werden könne, ohne dass wichtige Projekte der Wirtschaftsförderung darunter litten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.